

Kreiskämmerer Ganseuer verwies auf die zum nicht-öffentlichen Teil, Tagesordnungspunkt 4, vorgelegten Unterlagen. Er machte insbesondere auf das ebenfalls beigefügte Schreiben des Landrats an die EnW und die SWB aufmerksam, mit dem er die Zustimmung des Kreises zum Vorhaben an die Bedingung knüpfte, dass die SWB bzw. die SWBB ihrerseits eventuellen Verkaufsabsichten des Kreises bezüglich der SWBB-Anteile der BRS bzw. der Anteile des Kreises an der BRS zustimme. Bisher liege jedoch noch keine entsprechende formwirksame Erklärung vor. Daher solle in eine Beschlussempfehlung des Finanzausschusses der beschriebene Vorbehalt aufgenommen werden. Sobald die Zustimmung vorliege, könne eine entsprechende Dringlichkeitsentscheidung durch den Landrat und ein Mitglied des Kreisausschusses gefasst werden.

Abg. Hartmann merkte an, der Brief des Landrats gehe über das hinaus, was bisher beschlossen worden sei. Es sei das originäre Recht des Kreistages, über solche Vermögenswerte zu verfügen. Hierzu sei der Landrat nicht berechtigt und der Brief könne auch nicht als eine rein vorbereitende Maßnahme verstanden werden. Es sei richtig, in die Beschlussempfehlung nun eine entsprechende Ergänzung aufzunehmen. Eine weitere Frage sei, welches politische Signal von dieser Beschlussempfehlung ausgehe. Es müsse berücksichtigt werden, dass sich, sollte das Geschäft wegen des Vorbehalts nicht zustande kommen, auch Auswirkungen auf die Ertragsseite der SWBB ergäben. Allerdings halte auch er es für richtig, Handlungsoptionen zu eröffnen, weshalb der Beschlussentwurf der Verwaltung von der SPD mitgetragen werde. Allerdings betone er, dass dies nicht im Zusammenhang mit einem eventuellen Ausstieg zu sehen sei. Es mache keinen Sinn, dies jetzt zu formulieren, weil das Ziel der BRS aus seiner Sicht nach wie vor das operative Geschäft sein müsse.

Abg. J. Becker erklärte, die CDU-Kreistagsfraktion begrüße die Beschlussempfehlung, wie sie vom Kreiskämmerer dargestellt worden sei. Es liege im Interesse des Rhein-Sieg-Kreises, in der gegebenen Situation die rechtlichen Möglichkeiten eines Verkaufs der Anteile zu sichern. Derzeit sei nicht abzusehen, wie sich das Geschäft mit der Stadt Neuwied als neuem Partner mittelfristig auswirke. Darüber hinaus gebe es Verhandlungen zwischen der Rhein-Energie Köln und der Stadt Bonn, weshalb durchaus die Gefahr bestehe, dass der Kreis mit seinen Anteilen zukünftig an einer Gesellschaft beteiligt sein könnte, die dann jemand anderem gehöre. Zum Dritten habe die Verwaltung im letzten Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass die Gewinnerwartung von der Geschäftsführung der EnW in Bonn deutlich zurückgefahren worden sei. Demnach müsse befürchtet werden, dass die Erträge die laufenden Kreditkosten zukünftig nicht mehr decken könnten. Insgesamt sei es daher sinnvoll und im Interesse des Kreises, die Möglichkeit eines Ausstiegs offen zu halten. Es sei auch angemessen, diese Frage mit den aktuellen Entwicklungen zu verknüpfen, da diese sich wesentlich auf die BRS und damit auf den Kreis auswirken könnten. Die Beschlussempfehlung sei ein deutliches Signal an die SWB, dass der Kreis den Absichten nicht im Wege stehen, sich andererseits aber auch die Option des Ausstiegs offen halten wolle. Im Übrigen sei es völlig legitim, wenn der Landrat strategische Beschlüsse des Kreistages vorbereite.

Abg. Finke teilte mit, die FDP-Kreistagsfraktion werde der Beschlussempfehlung nicht zustimmen. Zum einen sei er, weil seine Fraktion nicht in den BRS-Gremien vertreten sei, nicht so dicht an den erforderlichen Informationen dran, zum anderen habe er Bedenken wegen der Fusions- und Verkaufspläne der Bonner Seite. Außerdem halte die FDP den Schritt der Erweiterung Richtung Neuwied mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen auch aus Gründen der Transparenz in Bezug auf die Beteiligungsstruktur im Zusammenhang mit der BRS nicht für richtig. Der ursprüngliche Unternehmenszweck der BRS, in der Region etwas für die Städte und Gemeinden zu organisieren, finde nicht statt und werde durch die geplanten Maßnahmen auch nicht voran gebracht.

Abg. H. Becker führte aus, die GRÜNEN im Kreistag würden der Beschlussempfehlung heute zustimmen, nicht weil man der Ansicht sei, mit der Ausdehnung nach Neuwied würden große Geschäftsfelder eröffnet, aber diese Erweiterung könne doch eine Chance sein, weitere eigene Operationstätigkeiten zu gewinnen. Alle Beteiligten und auch die FDP müssten eigentlich ein Interesse daran haben, Möglichkeiten offen zu halten, um in alle Richtungen handlungsfähig zu bleiben. Mit einer Ablehnung der Beschlussempfehlung werde dies aber gerade nicht erreicht.

Abg. P.R. Müller war der Ansicht, es sei zu früh, heute schon über den Erfolg oder ein Scheitern der BRS urteilen zu wollen. Bisher habe die BRS lediglich mit zwei Kommunen verhandeln können. Erst in einigen

Jahren, wenn mit weiteren Kommunen Verhandlungen geführt worden seien, könne entschieden werden, ob das BRS-Modell erfolgreich gewesen sei oder nicht.

Abg. J. Becker verdeutlichte nochmals, dass der Beschluss für den Kreis wichtig sei, um sich Handlungsmöglichkeiten offen zu halten, die CDU-Kreistagsfraktion gleichzeitig aber auch Verständnis dafür habe, wenn andere Partner -wie etwa die Stadt Troisdorf- die gleiche Position hinsichtlich des Vorbehalts eines eventuellen Anteilsverkaufs einnehmen oder fordern, die an Bonn verkauften Anteile zum Einstandspreis zurück zu bekommen.

Sodann fasste der Finanzausschuss den folgenden Beschluss: